



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.030.863

Wien, am 12. März 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Jänner 2021 unter der Nr. **4966/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Weiterführung von Erasmus+ nach dem Brexit“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

1. *Was werden Sie und Ihr Ministerium unternehmen, dass österreichische SchülerInnen, Studierende und Lehrlinge weiterhin die Möglichkeit auf einen geförderten Austausch mit Großbritannien haben?*
2. *Was haben Sie bisher unternommen, dass österreichische SchülerInnen, Studierende und Lehrlinge weiterhin die Möglichkeit auf einen geförderten Austausch mit Großbritannien haben?*
3. *Wie stehen Sie zur Möglichkeit eines zusätzlichen Abkommens innerhalb des Erasmus+-Abkommens, wie z.B. mit der Türkei oder Norwegen?*
4. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene weiterhin Verhandlungen für den Wiedereintritt in das Erasmus+ Programm stattfinden?*
 - a. *Wenn ja, Inwiefern werden Sie das tun?*

- b. Wenn ja, mit wem werden Sie Gespräche diesbezüglich führen und wann?*
- 5. *Werden Sie alternativ für ein bilaterales Abkommen zwischen Österreich Großbritannien eintreten, dass den geförderten Austausch weiterhin ermöglicht?*
 - a. Wenn ja, wann werden Verhandlungen ausgenommen?*
 - b. Wenn ja, wie soll das Abkommen ausgestaltet sein?*
 - c. Wenn ja, in welchem Ausmaß sollen Menschen bei einem Austausch unterstützt werden?*
 - d. Wenn nein, warum nicht?*
- 6. *Wird es nationale Förder- und Unterstützungsprogramme geben, für jene, die einen Austauschaufenthalt in Großbritannien anstreben?*
 - a. Werden bestehende Töpfe aufgestockt?*
 - i. Wenn ja, welche?*
 - b. Werden neue Fördertöpfe eingerichtet?*
 - c. Mit wie viel Förderaufkommen rechnen Sie?*
 - d. Wie viele Menschen sollen damit unterstützt werden?*
 - e. Welchen Rahmenbedingungen soll eine eventuelle Förderung unterliegen?*
- 7. *Haben Sie sich diesbezüglich bereits mit dem zuständigen Bundesminister Faßmann ausgetauscht?*
 - a. Wenn ja, wann und worauf haben Sie sich verständigt?*
 - b. Wenn nein, weshalb nicht?*
- 8. *Gab es diesbezüglich bereits einen Austausch auf EU-Ebene?*
 - a. Wenn ja, wann, in welchem Format und worauf hat man sich verständigt?*
 - b. Wenn nein, ist dazu in näherer Zukunft ein Austausch geplant oder werden Sie dieses Thema aktiv in den Ratssitzungen ansprechen?*

Als Europaministerin ist es mir ein zentrales Anliegen, im Wege von Bildung und Ausbildung jungen Menschen das gegenseitige Verständnis für andere EU-Länder und deren Menschen und Kultur zu ermöglichen. Daher ist es besonders erfreulich, dass das EU-Budget für die neue Programmperiode 2021 bis 2027 für das EU-Programm Erasmus+ fast verdoppelt wurde.

Das Vereinigte Königreich hat sich im Zuge des Brexit bedauerlicherweise für einen Ausstieg aus dem Erasmus+-Programm mit 1. Jänner 2021 entschieden. Ein etwaiges zusätzliches Abkommen ist, wie aus Ihren Fragen bereits hervorgeht, auf europäischer Ebene auszuverhandeln.

Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl II Nr. 17/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereichs sind und somit von mir nicht beantwortet werden können. Ich darf daher auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4980/J vom 14. Jänner 2021 durch den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung verweisen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Abstimmung der allgemeinen Regierungspolitik in Angelegenheiten der Europäischen Union auf eine kohärente Position und das einheitliche Zusammenarbeiten der Fachressorts geachtet wird.

Mag. Karoline Edtstadler

